

# WIRTSCHAFT UND SICHERHEIT: DIE UNION MUSS IHRE MARKENKERNE ERNEUERN

RESOLUTION ZU DEN LANDTAGSWAHLEN –  
BESCHLUSS AUF BUNDESVORSTANDSKLAUSUR AM 22./23. April 2016

Die Landtagswahlen vom 13. März waren ein Debakel für die Union. In allen drei Bundesländern hat die CDU Federn gelassen. Währenddessen gelang es der AfD, aus dem Stand zweistellige Ergebnisse zu erzielen. In Sachsen-Anhalt stimmte jeder vierte Wähler für die AfD, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde die Partei drittstärkste Kraft. Die Hauptursache für dieses Wahlbeben liegt vor allem, aber nicht nur in der Flüchtlingskrise. In Sachsen-Anhalt war jeder dritte AfD-Wähler bei der Landtagswahl zuvor noch Nicht-Wähler. Offenbar sahen viele Bürger einzig in dieser Partei eine Option, gegen die Politik der Bundesregierung zu protestieren. Die starke Polarisierung im Wahlkampf hat der AfD zwar viele Gegner, aber auch viele Unterstützer eingebracht. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) zieht vor diesem Hintergrund drei Schlüsse aus den Landtagswahlen.

## **1. Politik des Ignorierens ist gescheitert**

Die Strategie, die AfD totzuschweigen, ist gescheitert. Genauso falsch wie das Ignorieren war und ist der erhobene Zeigefinger. Die Moralkeule hat die AfD erst stark gemacht. Die Bürger haben ein feines Gespür für politische Tricks und Winkelzüge. Sie spüren es, wenn Politik und Medien eine Partei in die Schmuddel-Ecke stellen wollen. Das Ausgrenzen aus Talkshows, das Reduzieren auf Aussetzer des Spitzenpersonals, die öffentliche Debatte über den „richtigen Umgang“ – das alles hat die Partei und ihre Wähler zusammenschweißt nach dem Motto: Jetzt erst recht. Die MIT fordert daher CDU und CSU auf, sich dringend mit der AfD und ihren Inhalten auseinanderzusetzen. Nur wer ihre Positionen kennt, kann die Partei argumentativ stellen. Der Programmwurf liefert Stoff genug: die Wiedereinführung der D-Mark etwa oder die Rückentwicklung der Europäischen Union zum losen Einzelstaaten-Verbund.

## **2. Bürger sorgen sich um staatliche Ordnung**

Der deutsche Staat und die Parteien stecken in einer großen Vertrauenskrise. Die Flüchtlingskrise hat dazu geführt, dass sich viele Bürger um den Erhalt der staatlichen Ordnung und der sozialen Systeme sorgen. Es geht ihnen um Fragen, die den Kern unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft berühren. Umso wichtiger ist es, dass wir die Probleme, die ein massiver Zustrom aus anderen Kulturkreisen unweigerlich mit sich bringt, offen benennen und ausdiskutieren. Der Soziologe Paul Scheffer hat einmal gesagt, dass eine Gesellschaft umso friedlicher ist, je offener sie über Probleme spricht. Dies sollte auch die CDU beherzigen.

## **3. CDU und CSU müssen ihr Profil schärfen**

Die Union muss ihr Profil schärfen. Wenn zwischen den Volksparteien kaum noch inhaltliche Unterschiede zu erkennen sind, findet Opposition nicht mehr statt. Wenn bei den großen Themen Euro und Flüchtlinge faktisch der gesamte Bundestag mit einer Stimme spricht, ist es kein Wunder, dass sich viele Bürger nicht mehr vertreten fühlen. Die Union braucht spätestens zum Bundestagswahlkampf 2017 eine klare Erkennungsmelodie. Als MIT sehen wir uns in der Verantwortung, der Union wieder zu einem klaren Profil zu verhelfen. Das ist auf der einen Seite das wirtschaftspolitische Profil mit den Zukunftsthemen Digitalisierung und Demografie. Das ist auf der anderen Seite aber auch das sicherheitspolitische Profil. Ohne staatliche Ordnung hat der Mittelstand keine Rechtssicherheit. Ohne Rechtssicherheit kann die bürgerliche, leistungstragende Mitte nicht arbeiten. Die CDU muss auch hier ihren Markenkern erneuern.